

Menschliche Sicherheit als Ziel der Staatenwelt

Akademische Perspektiven und politische Praxis

Laurent Goetschel

Die Anwendung des Begriffs der menschlichen Sicherheit auf die internationalen Beziehungen entspricht einem radikalen Postulat: In der von Staaten dominierten internationalen Gemeinschaft wird als Referenzobjekt für Sicherheit eine Alternative eingeführt - nämlich die Menschen. Menschliche Sicherheit bedeutet Schutz der Individuen vor Bedrohungen. Inwieweit ist dieses Ziel seit dem Einzug des Begriffs in die internationale politische Agenda vor vierzehn Jahren näher gerückt? Dieser Frage widmet sich ein von Cornelia Ulbert und Sascha Werthes herausgegebener Sammelband.

Bedingte Souveränität

Menschliche Sicherheit kann im Einklang mit staatlicher Sicherheit stehen, muss es aber nicht. Die im Anschluss an die Nato-Intervention in Serbien Ende der neunziger Jahre lancierte Debatte über die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Schutz der Individuen (*responsibility to protect*) dreht sich um diese Spannung. Staaten haben gegebenenfalls die Pflicht, auch gegen den Willen des betreffenden Landes die Menschen auf dessen Territorium vor Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen zu schützen. Der damit aufbrechende Gegensatz zur staatlichen Souveränität besteht nur scheinbar, denn diese ist an die Einhaltung bestimmter Pflichten gegenüber den Bewohnern des Landes gebunden. Und über deren Einhaltung wacht in letzter Instanz der Uno-Sicherheitsrat, der als alleinige legitime Instanz über die Durchführung solcher internationaler Interventionen entscheidet. Darin kommt, wie Ramesh Takur in seinem Beitrag schreibt, das Dilemma des Schutzes der Individuen in einer von Staaten dominierten Welt zum Ausdruck.

Doch menschliche Sicherheit lässt sich nicht auf die Abwesenheit von Gewalt begrenzen. Es kommt die sozioökonomische Dimension hinzu, denn in vielen Ländern Asiens und Afrikas gelten Armut, Krankheit und fehlende Bildung als grösste Bedrohungen für das Überleben der Menschen. Diese Leiden und Mängel führen jedes Jahr weltweit zu mehr Todesopfern als Gewaltkonflikte, wie James Busuntwisam festhält. Für ihn erfordert eine an Entwicklung orientierte Politik menschlicher Sicherheit Strategien der weltweiten Umverteilung.

Variierende Bedürfnisse

Das Buch ist in drei Teile gegliedert, wovon der erste den normativen und theoretischen Grundlagen, der zweite dem Spannungsfeld konkurrierender Ansprüche in der Umsetzung und

der dritte Perspektiven aus Afrika, Asien, Lateinamerika und dem arabischen Raum gewidmet ist. Die Aufteilung ist sinnvoll, zumal ein grosser Teil der Literatur zur menschlichen Sicherheit an einer unsauberen Trennung zwischen konzeptionellen und angewandten Überlegungen krankt und nichtwestliche Perspektiven häufig zu kurz kommen. Zu bedauern ist aber, dass gerade der dritte Teil weitgehend bei der Analyse der Politik von Staaten und internationalen Organisationen stehenbleibt. - Die institutionelle Umsetzung und Verankerung von Konzepten ist wichtig. Jedoch ist die bloss formelle Übernahme internationaler (westlicher) Konzepte verbreitet. Diese Gefahr besteht bei der menschlichen Sicherheit ganz besonders, weil sich das Konzept, wie Sascha Werthes schreibt, als normativ positiv besetztes Leitmotiv für die Gewinnung politischer Legitimation als äusserst funktional erweist. Hingegen mangelt es noch an Studien, welche die menschliche Sicherheit mit regionalen und lokalen Bedeutungen füllen. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Bedrohungswahrnehmung regional variiert und welche Faktoren bestimmend sind. Dies würde es Geberorganisationen erlauben, ihre Hilfsprogramme stärker auf die Perzeption der jeweiligen Bevölkerung auszurichten. Hier liegt, neben der erwähnten Radikalität des Begriffs, dessen zweiter grosser Mehrwert: Seine inhaltliche Offenheit erlaubt es, variierende Sicherheitsbedürfnisse zu artikulieren.

Sonst besteht die Gefahr, dass die politische Bedeutung der menschlichen Sicherheit sich auf eine Akzentuierung einiger weniger Themen der internationalen Agenda wie der Reform des Sicherheitssektors oder der Bekämpfung von Minen begrenzt. Oder wie Cheryl Hendricks festhält: «Menschliche Sicherheit wird zwar befürwortet, doch die staatliche Sicherheit bleibt die vorrangige theoretische Brille im Diskurs über Frieden und Sicherheit.» Eine politisch relevante, eigenständige Umsetzung des Konzepts menschlicher Sicherheit setzt eine Artikulierung seines Inhaltes durch die betroffene Bevölkerung voraus. Dazu gehört, wie Keith Krause in seinem theoretischen Einführungsbeitrag schreibt, die Entwicklung enger Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Akteuren abseits etablierter diplomatischer Kanäle. Leider seien jedoch die Menschen, für welche die «Freiheit vor Furcht» am wichtigsten sei, noch grösstenteils passive Teilnehmer am Diskurs über menschliche Sicherheit.

Cornelia Ulbert und Sascha Werthes (Hg.): *Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven*. Nomos-Verlag, Baden-Baden 2008. 208 S., Fr. 35, € 20.-.